

Erschien in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 6/2009

Mohssen Massarrat

Krisenlösung Vollbeschäftigung

Die bisherigen, auch keynesianischen Vorschläge zur Bekämpfung der Finanzkrise gehen regelmäßig an einer wirklichen Lösung vorbei, da sie das entscheidende Mittel zur Einhegung der Finanzmärkte nicht ins Visier nehmen: das Ziel der Vollbeschäftigung. Von **Mohssen Massarrat**

Die Finanzkrise kann nicht allein durch Finanzpolitik gelöst werden. Denn sie ist nur ein Symptom. Und das Kurieren am Symptom, also eine Regulierung der Finanzströme, wäre reine Kosmetik, bliebe deren Ursache unberücksichtigt: nämlich der neoliberale Kapitalismus als Ganzer.

Als Theorie bereits in den 1920er Jahren entstanden, setzte sich der Neoliberalismus aber erst Anfang der 80er Jahren umfassend durch, als der Keynesianismus in Westeuropa und den USA seinen Zenit bereits überschritten hatte.

Das fordistische Modell in den USA und die historisch einmalig hohen Wachstumsraten von jährlich bis zwölf Prozent in der Bundesrepublik, Westeuropa und Japan während der 50er und 60er Jahre hatten zuvor ihre wirksamste wirtschaftspolitische Triebkraft in der keynesianischen Interventionspolitik gefunden, die ungeahnte Wachstumsreserven zu mobilisieren vermochte. So wurden Vollbeschäftigung, steigende Löhne, Zunahme von Kaufkraft und Ausbau der Sozialsysteme zu den Charakteristika eines scheinbar störungsfreien und blühenden Kapitalismus.

Dies änderte sich jedoch schlagartig Anfang der 70er Jahre, als die Wachstumsreserven der Nachkriegsära zur Neige gingen und das bis dato dominante „extensive Wachstumsmodell“ an ökonomische und ökologische Grenzen stieß. Es wurde in der Folge durch ein neues Modell ersetzt: das „intensive Wachstumsmodell“. Haupttriebkraft dieses Systemwechsels war weniger der Ölpreisschock von 1973, sondern vielmehr die dritte Technologierevolution, das heißt der volle Durchbruch der Informationstechnologie in ihrer gesamten Breite. Fortan

bestimmten die steigende Arbeitsproduktivität und die spürbare Abnahme interner Wachstumsressourcen – vor allem in Westeuropa – Verlauf und Tempo der ökonomischen Indikatoren: niedrige Wachstumsraten, tendenziell sinkende Profitraten, rascher Strukturwandel von arbeits- zu kapitalintensiven Sektoren, Exportexpansion im Rahmen der längst begonnenen Globalisierung, beginnende Massenarbeitslosigkeit und eine Binnennachfrage, die in den Dekaden nach 1975 deutlich langsamer steigen sollte als zuvor.

Unter diesen Bedingungen konnte der klassische Keynesianismus nicht länger funktionieren: Statt die Arbeitslosigkeit zu bremsen, Stichwort: jobless growth, erzeugte die staatliche Ausgabenpolitik Inflation. Mit dem Eingeständnis „Mir sind fünf Prozent Inflation lieber als fünf Prozent Arbeitslosigkeit“ lieferte der letzte sozialdemokratische Bundeskanzler keynesianischer Provenienz, Helmut Schmidt, im Grunde die Bankrotterklärung für den klassischen Keynesianismus – denn eine Wahl zwischen Pest und Cholera war eben keine. Infolgedessen fiel es Lambsdorffs FDP 1982 nicht schwer, mit dem Versprechen wirtschaftlicher Prosperität die sozial-liberale Koalition zu beenden. Damit begann der Neoliberalismus – nach den USA und Großbritannien – auch in Deutschland seinen Siegeszug.

In der Bundesrepublik der 80er Jahre erlangten die Neoliberalen ziemlich rasch die kulturelle Hegemonie. Sie versprachen, die Massenarbeitslosigkeit durch mehr Wachstum und mehr Wettbewerb zu überwinden. Für diese rosige Zukunft verlangten sie nicht mehr und nicht weniger als die Befreiung der Unternehmer von den „Lasten“ der sozialen Marktwirtschaft. Die proklamierten, durchaus positiven Werte – wie mehr Freiheit, Individualität und Flexibilität sowie weniger Staat, Dirigismus und Bevormundung – sollten der Arbeiterbewegung die schwere Kost des Abbaus sozialer Errungenschaften versüßen.

Das Ergebnis dieser neoliberalen Offensive war bekanntlich die Agenda 2010. Sie hatte neun Millionen Hartz-IV-Empfänger, Arbeitslose, Niedriglöhner und Leiharbeiter, ein verlängertes Renteneintrittsalter, eine verlängerte Arbeitszeit ohne Lohnausgleich und vor allem die weitere Schwächung der Gewerkschaften zur Folge. Statt mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätzen schuf der Neoliberalismus einen Nullsummen-Kapitalismus, der den Wohlstand von unten nach oben umverteilt und die Arbeitsplätze entlang der Lohnsenkungsspirale hin und her schob. In Deutschland entstanden „neue“ Arbeitsplätze zuvörderst durch eine geschönte Statistik.

Der Neoliberalismus hatte vieles auf seiner Agenda, aber keineswegs eine wie auch immer geartete Vollbeschäftigung. Ganz im Gegenteil: Dieses wirtschaftspolitische Ziel wurde gar

als nicht mehr zeitgemäß und schädlich dämonisiert. Der neoliberale Kapitalismus folgt allein der betriebswissenschaftlichen Logik von Profitmaximierung durch sinkende Löhne und „Lohnnebenkosten“. Für die steigende Nachfrage und die Herstellung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sind „andere“ – also niemand, bestenfalls jedoch das Ausland – zuständig. Diese Logik mündete zwangsläufig in die jetzige Finanz- und Weltwirtschaftskrise.

In dem Maße, indem die Unternehmer immer größere Anteile der Wertschöpfung durch räuberische Ausbeutung frei Haus geliefert bekamen, schrumpften aufgrund sinkender Kaufkraft und Binnennachfrage die Möglichkeiten, die überschüssigen Kapitalmassen für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen produktiv zu investieren. Damit wurde der Druck unausweichlich, den Finanzsektor für Spekulationen im Absurdistan der fiktiven Kapitalwelt zu reorganisieren. Auch hier ist das Ergebnis bekannt: neue „Produkte“ für die Finanzwelt anstelle von Produkten für den Menschen, das Platzen einer Spekulationskrise nach der anderen, der Bankrott einer Großbank nach der anderen, Konkurse und neue Massenentlassungen in Schlüsselbranchen – mit Dominoeffekt für die globale Volkswirtschaft.

Vollbeschäftigung neuen Typs

Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Solange die Quelle des Drucks für die Anlage von überschüssigen Kapitalmassen durch sinkende Löhne und Massenarbeitslosigkeit nicht versiegt und die Gewerkschaften nicht zur Offensive einer Umverteilung von oben nach unten schreiten, solange bleiben alle Regulierungsmaßnahmen – wie beispielsweise die Wiedereinführung fester Wechselkurse, um Währungsspekulationen vorzubeugen, und sogar das Schließen des gesamten Finanzkasinos, wie Heiner Flassbeck und andere vorschlagen – ungenügend. Die sich ununterbrochen aufstauenden Kapitalmassen werden auf der Renditejagd auch in Zukunft, und trotz strenger Regulierung, neue Wege und Umwege finden, die zu demselben desaströsen Ergebnis führen.

Um diesen gefährlichen Kreislauf des neoliberalen Kapitalismus zu durchbrechen, stellt sich die Frage, wie die Quellen des überschüssigen Kapitals auf Dauer ausgetrocknet werden können. Die Antwort lautet: nur durch die konsequente Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und die beständige Herstellung der Vollbeschäftigung. Da im entwickelten Kapitalismus Europas die Wachstumsreserven weitgehend ausgeschöpft sind, muss es sich dabei notwendigerweise um eine Vollbeschäftigung neuen Typs handeln. Diese kann nur noch mittels Umverteilung der vorhandenen Arbeit erreicht werden. Dies

erfordert eine sukzessive, letztlich an die steigende Arbeitsproduktivität gekoppelte Arbeitszeitverkürzung.

Erst durch einen Zustand der Vollbeschäftigung, der eine marktgerechte Verteilung der Wertschöpfung in Lohn und Gewinn sicherstellen kann, bliebe auch die volle Kaufkraft dauerhaft in den Händen der Beschäftigten und käme auf diese Weise der Binnennachfrage zugute. Dadurch wäre der Kapitalseite die Möglichkeit genommen, dem Kreislauf die Kaufkraft zu entziehen und die abgezweigte Wertschöpfung als „überschüssiges Kapital“ in die Finanzmärkte zu schleusen. Die Kapitalherrschaft würde dadurch entscheidend geschwächt. Da genau das den Unternehmern bewusst ist, dürfte ein solcher Kampf um Vollbeschäftigung von ihrer Seite erbittert geführt werden.

Soweit die Analyse. Die noch wichtigere Frage ist allerdings, ob und wie die arg geschwächten Gewerkschaften die Wende zur Vollbeschäftigung herbeiführen können. Klar ist, dass sie allein die Wende nicht schaffen werden. Es bedarf vielmehr einer gesamtgesellschaftlichen Allianz aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und unter Druck geratenden Mittelschichten, die ebenfalls Opfer des Neoliberalismus geworden sind. In einem ersten Schritt müssen die bevorstehenden Massenentlassungen durch die Umverteilung von Arbeit und Einkommen verhindert werden. Anstatt wie die Bundesregierung mit Unsummen aus Mitteln des Konjunkturprogramms Kurzarbeit zu fördern, sollte Arbeitszeitverkürzung verlangt werden – zumal auf die Kurzarbeiter nach der Bundestagswahl ohnehin die Arbeitslosigkeit wartet.

Für die Gewerkschaften hat die Vollbeschäftigungsstrategie allerdings auch einen Preis, den sie jedoch zahlen müssen, so sie ihre Kampfkraft und Souveränität zurückgewinnen wollen. Dieser Preis besteht darin, sich auf einen Lohnausgleich für die unteren und mittleren Lohngruppen zu beschränken. Denn nur so kann eine Allianz aller Kapitalfraktionen gegen das Projekt Vollbeschäftigung verhindert und dafür eine breite gesellschaftliche Zustimmung mobilisiert werden. Tatsächlich sind bestenfalls nur die großen Konzerne zur Zahlung des vollen Lohnausgleichs ohne Wettbewerbsnachteile in der Lage. Der Mittelstand, der den größeren Teil der Menschen beschäftigt, könnte jedoch aufgrund geringerer Finanzpolster vermutlich gerade noch einen Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommensgruppen bereitstellen, ohne die eigene Existenz aufs Spiel setzen zu müssen. Das Beharren auf einem flächendeckend vollen Lohnausgleich würde somit den großen Konzernen – den Hauptgegnern der Vollbeschäftigung – die Möglichkeit verschaffen, mit dem Mittelstand eine geschlossene Gegenallianz zu bilden, die dann auch mit Unterstützung der neoliberalen Medien in der Lage wäre, das unliebsame Projekt der Vollbeschäftigung durch

Arbeitszeitverkürzung im Keim zu ersticken. Die Gewerkschaften stehen so gesehen vor der Alternative, durch ein Lohnzugeständnis bei höheren Lohn- und Gehaltsgruppen die Vollbeschäftigung durchzusetzen und ihre verloren gegangene Kampfkraft zurück zu gewinnen oder aber weiterhin sich mit den Folgen der neoliberalen Politik der sinkenden Lohnquote, der verlängerten Arbeitszeit, der Massenarbeitslosigkeit und obendrein auch der eigenen Schwäche abzufinden. Bei der ersten Alternative würde es auf der Seite der Lohnarbeit keine Verlierer geben. Selbst die höheren Lohn- und Einkommensgruppen erhielten ja im Austausch für den Einkommensverzicht mehr Freizeit und Lebensqualität.